

Pressemitteilung LINKE Marburg-Biedenkopf

SPD/Grüne betreiben Augenwischerei beim Thema Mindestlohn

Marburger Linke fordert eine Mindestlohn von 10€ für die Beschäftigten der Stadt und der städtischen Töchter

„Wir garantieren den von den Gewerkschaften garantierten Mindestlohn“, so haben es SPD und Grüne im Koalitionsvertrag beschlossen. Die Marburger Linke hat nachgehakt und in der Stadtverordnetenversammlung nachgefragt. Laut Aussage von Oberbürgermeister Egon Vaupel in der StVV vom 26. August gibt es überhaupt keine Mitarbeiter/innen bei der Stadt oder den städtischen Gesellschaften die weniger als 8,50€ die Stunde verdienen. Deshalb hat die Marburger Linke einen Antrag in die kommende StVV eingebracht, den Mindestlohn auf 10€ festzusetzen. Am Mittwoch den 19.10. wird der Antrag im Sozialausschuss diskutiert. Dazu erklärt Jan Schalauske (Kreisvorsitzender der LINKEN Marburg-Biedenkopf und Stadtverordneter der Marburger Linke):

„Man kann es getrost als Augenwischerei bezeichnen, wenn Marianne Wölk (SPD, Vorsitzende des Stadtverbandes) und Steffen Rink (SPD, Fraktionsvorsitzender in der StVV) die Vereinbarung zum Mindestlohn als sozialdemokratische Wohltat feiern und auf Anfrage der Fraktion Marburger Linke ans Tageslicht kommt, dass es nicht einen einzigen Beschäftigten gibt, der von dieser Regelung betroffen wäre.“ Es sei schon traurig, wenn man sich mittlerweile darüber freuen muss, dass im öffentlichen Bereich in Marburg keine Mitarbeiter/in in einem regulären Beschäftigungsverhältnis mit weniger als 8,50€ die Stunde nach Hause gehen muss. Auch 8,50€ würden nicht zum Leben reichen und führen zu einer Rente, die nicht über der sogenannten Grundsicherung im Alter liegt.

Deshalb fordere die Marburger Linke (ML) eine Lohnuntergrenze von 10€. Wie die Nachfrage der ML ergeben habe, würden so zumindest für einige Dutzend Mitarbeiter/innen die Löhne steigen. Schalauske weiter: „Der Magistrat kann nun zeigen, ob es ihm lediglich um Symbolpolitik geht oder ob er wirklich reale Verbesserungen für die Beschäftigten erwirken möchte.“

Abschließend hält Schalauske fest: „Diese Situation ist das Ergebnis einer Politik, welche die Parteien SPD/CDU/FDP und Grünen in den vergangenen Bundesregierungen zu verantworten haben. Arbeitsmärkte wurden dereguliert, Beschäftigungsverhältnisse prekariert und öffentliche Aufgaben privatisiert und ausgegliedert. Alles auf dem Rücken der Beschäftigten. Statt sozialdemokratischer Symbolpolitik ist ein grundsätzlicher Politikwechsel vonnöten.“

Kreisvorstand

Frankfurter Straße 15
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Spenden

Konto-Nr. 176 239 07

Volksbank Mittelhessen

BLZ 513 900 00

Marburg, den 18. Oktober 2011